

Dienstag 21. März 2023

Nummer 1015

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Rückkehr der Bankenkrise?

Autor : Olivier Perquel



Der jüngste Kollaps mehrerer US-Banken und die Schwierigkeiten der Credit Suisse wurden durch steigende Zinsen, die Risiken erhöhen, beschleunigt. Es beginnt eine Debatte darüber, welche Maßnahmen die Behörden ergreifen sollten, um diese Risiken zu verringern. Und darüber, wie groß die sich abzeichnende Krise sein wird. Dennoch ist eine Änderung der Geldpolitik aufgrund des hohen Inflationsrisikos unwahrscheinlich.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Wahlen : Bulgarien **Stiftung** : Debatte/Ungarn - Jugend **Ukraine/Russland** : Lebensmittel - Sanktionen/Russland - Justiz - UNO - Flugzeuge - Besuche/Kiew - Munition **Kommission** : Elektrizität - Industrie - Rohstoffe **Parlament** : Litauen - Belarus - Gesundheit - Daten - Klima - Gebäude **Rat der Europäischen Union** : Wirtschaft/Finanzen - Umwelt - Gesundheit - Eurogruppe **Diplomatie** : Verteidigung - Serbien/Kosovo - Albanien - Nordmazedonien **EZB** : Zinssätze **Ungarn** : Frankreich **Niederlande** : Wahlen **Portugal** : Spanien **Montenegro** : Wahlen - Auflösung **Republik Moldau** : Beitritt/EU **Europarat** : Georgien/Moldawien **IWF** : Schweden **OECD** : Prognosen **Berichte / Studien** : Bilanz/2022 **Eurostat** : Inflation **Kultur** : Solidarität/Ukraine - Ausstellung/Brüssel - Ausstellung/Warschau - Ausstellung/Bad Homburg - Ausstellung/Valencia - Ausstellung/Venedig - Ausstellung/Paris - Ausstellung/London

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Fünfte Parlamentswahl in zwei Jahren in Bulgarien



Während das Land mit einer politischen Krise konfrontiert ist, die die Bildung stabiler Regierungskoalitionen verhindert, werden die Bulgaren am 2. April zum fünften Mal innerhalb von zwei Jahren zu den Urnen gerufen, um die 240 Mitglieder der Nationalversammlung zu wählen.

Laut der jüngsten Meinungsumfrage würde die Koalition aus "Wir setzen den Wandel fort" und "Demokratisches Bulgarien" mit 20,9 % der Stimmen knapp vor der GERB Partei liegen, die 20,4 % der Stimmen erhalten würde. Die "Bewegung für Rechte und Freiheiten", die die türkischsprachige Minderheit vertritt, würde 13,3 % der Stimmen erhalten, die nationalistische und pro-russische Partei "Wiedergeburt" 11,8 % und die Sozialistische Partei (BSP) 6,6 % der Stimmen... [Fortsetzung](#)

Stiftung :

Der Bürger und die Politik in Europa



Am 24. und 25. März organisiert die Joseph-Károlyi-Stiftung im Rahmen des Monats der Frankophonie ein Kolloquium über die politische Beteiligung der Bürger in Europa, an dem die Stiftung beteiligt ist... [Fortsetzung](#)

Der Euroskepsis junger Menschen begegnen



Eric Maurice, Leiter des Brüsseler Büros der Stiftung, nimmt am 23. März an einer Podiumsdiskussion zum Thema "Euroskeptische Gesellschaften in Zeiten der Krise: Eine Chance für Veränderungen?" teil, die im Rahmen einer von Europeum im Rahmen des Projekts Youth EU organisierten Konferenz stattfindet... [Fortsetzung](#)

Ukraine/Russland :

Verlängerung der Vereinbarung über den Export von ukrainischem Getreide



Die Schwarzmeer-Getreideinitiative, ein von den Vereinten Nationen ausgehandeltes Abkommen zur Versorgung der Märkte mit Nahrungsmitteln und Düngemitteln vor dem Hintergrund weltweiter Knappheit und steigender Preise infolge des Krieges in der Ukraine, wurde am 18. März, dem Tag ihres Auslaufens, um 60 Tage verlängert, jedoch nicht um 120 Tage, wie anfänglich angestrebt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Verlängerung der Sanktionen gegen Russland



Der Rat verlängerte am 13. März die Sanktionen gegen Russen, die für Verletzungen der territorialen Integrität und der Souveränität der Ukraine verantwortlich sind, um sechs Monate. Es handelt sich dabei um Reisebeschränkungen für natürliche Personen und das Einfrieren von Vermögenswerten sowie Verbote der Zuweisung wirtschaftlicher Ressourcen für die 1473 betroffenen Einzelpersonen und 205 Organisationen. Die Sanktionen gelten bis zum 15. September... [Fortsetzung](#)

Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Putin



Am 17. März erließ der Internationale Strafgerichtshof zwei Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die Kinderrechtskommissarin in Putins Präsidialverwaltung, Maria Lwowa-Belowa. Nach Ansicht des ISTGH gibt es hinreichende Gründe, sie für Kriegsverbrechen verantwortlich zu machen, weil sie ukrainische Zivilisten, die in besetzten Gebieten leben, insbesondere Kinder, illegal nach Russland deportiert oder transferiert haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht über russische Kriegsverbrechen



Laut einem am 16. März veröffentlichten Bericht einer internationalen Untersuchungskommission des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen stellen die Angriffe der russischen Behörden auf Zivilisten in der Ukraine Kriegsverbrechen dar. Der Bericht hebt wahllose und unverhältnismäßige Angriffe, den Einsatz von Folter, die Tötung von Zivilisten außerhalb von Kampfhandlungen, das Fehlen von Maßnahmen zum Schutz der ukrainischen Bevölkerung und die Verschleppung ukrainischer Kinder hervor. Die Kommission empfiehlt, diese Verstöße gegen das Völkerrecht zu untersuchen und die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Lieferungen von Kampfflugzeugen an die Ukraine



Am 16. März kündigte der polnische Präsident Andrzej Duda die bevorstehende Lieferung von vier MiG-29 an die Ukraine an. Weitere Flugzeuge, die sich in der Wartung befinden, werden nach und nach geliefert. Am 17. März kündigte der slowakische Premierminister Eduard Heger die Lieferung von 13 MiG-29 an die Ukraine innerhalb von einigen Wochen an, zusammen mit einem Kub-Luftabwehrsystem... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Besuch der Premierminister Lettlands, Islands und des Europarats



Die isländische Außenministerin Thordis Kolbrun Reykfjörd Gylfadottir, derzeit Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarates, reiste am 14. März nach Kiew. Am selben Tag gab die isländische Premierministerin Katrín Jakobsdóttir eine gemeinsame Erklärung mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ab. Der lettische Premierminister Krisjanis Karins traf am 16. März mit dem ukrainischen Präsidenten zusammen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)



Die Außenminister stimmten am 20. März der Lieferung von 1 Million Stück Artilleriemunition an die Ukraine innerhalb eines Jahres zu, die aus den Beständen der Mitgliedstaaten stammen und mit 2 Milliarden € erstattet oder gemeinsam gekauft werden sollen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Vorschlag zur Reform des Strommarktes



Die Kommission stellte am 14. März ihren Entwurf für eine Reform des Strommarktes vor, um die Kosten für Strom aus erneuerbaren Quellen zu senken. Man schlägt u.a. eine Option für eine langfristige Preisfestsetzung, die Umleitung von Überschusseinkünften an die Verbraucher oder eine größere Überwachungskapazität für die Energieregulierungsbehörden vor... [Fortsetzung](#)

Gesetzesentwurf für eine emissionsfreie Industrie



Am 16. März stellte die Kommission ihren Gesetzesentwurf für eine emissionsfreie Industrie vor, um Technologien wie Solar- und Windenergie, Batterien, Geothermie, Brennstoffzellen oder Kohlenstoffabscheidung und -speicherung zu fördern. Die Letzteren werden von besonderer Unterstützung und administrativen Vereinfachungen profitieren, mit dem Ziel, bis 2030 40% der in der Union eingesetzten emissionsfreien Technologien in Europa zu produzieren... [Fortsetzung](#)

Gesetzesentwurf zu kritischen Rohstoffen



Die Kommission hat am 16. März einen Gesetzesentwurf zur Diversifizierung und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lieferketten für kritische Rohstoffe vorgelegt. Der Text identifiziert diejenigen Rohstoffe, die für die digitalen, umweltpolitischen, raumfahrtbezogenen und verteidigungspolitischen Ziele der Union von strategischer Bedeutung sind, vereinfacht die Verwaltungsverfahren und fördert die Finanzierung von Projekten... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Debatte mit dem litauischen Präsidenten



In einer Rede vor den Europaabgeordneten am 14. März erinnerte der litauische Präsident Gitanas Nausėda daran, dass die Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine aufrechterhalten werden müsse. Er unterstützte den Willen des Parlaments, die Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr zu beginnen, und forderte die EU auf, offen für einen Beitritt von Moldawien und Georgien zu bleiben... [Fortsetzung](#)

Anprangerung der Unterdrückung in Weißrussland



Die EU-Abgeordneten verabschiedeten am 15. März eine Resolution, in der sie die Unterdrückung des Volkes und der Opposition durch das belarussische Regime verurteilten, eine Ausweitung der EU-Sanktionen gegen Minsk forderten und die EU-Institutionen aufforderten, die Verbindungen zu den demokratischen Kräften in Belarus zu stärken... [Fortsetzung](#)

Neuer Unterausschuss für öffentliche Gesundheit



Die Namen der 30 Abgeordneten, die im neuen Unterausschuss für öffentliche Gesundheit (SANT) sitzen werden, wurden am 15. März bekannt gegeben. Der Unterausschuss ist dem Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) angegliedert. Über die Einrichtung des Unterausschusses war auf der Plenarsitzung im Februar 2023 abgestimmt worden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Abstimmung über die Datengesetzgebung



Am 14. März nahmen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ihre Position zum Entwurf der Datenverordnung (Data Act) an. Diese Version enthält vor allem Maßnahmen, die Nutzern den Zugang zu den von ihnen erzeugten Daten ermöglichen, aber auch verschärfte Bestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und strengere Bedingungen

für zwischenstaatliche Datenanfragen. Die Abgeordneten müssen nun mit dem Rat über die endgültige Fassung des Textes verhandeln... [Fortsetzung](#)



Senkung der CO2-Emissionen und Erhöhung der Kohlenstoffsenken



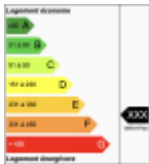
Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments nahmen am 14. März endgültig die überarbeitete Lastenverteilungsverordnung an, die das Ziel für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 von 30 auf 40%, im Vergleich zu 2005, anhebt. Außerdem verabschiedeten sie mit 497 zu 97 Stimmen bei 43 Enthaltungen die Überarbeitung der Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF). Diese Verordnung zielt darauf ab, das natürliche

absenken und binden von Kohlenstoff zu verbessern, um die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen... [Fortsetzung](#)



[Andere Links](#)

Abstimmung über die Energieeffizienz von Gebäuden.



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben den Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden angenommen. Sie zielt darauf ab, die Treibhausgasemissionen und den Energieverbrauch von Gebäuden bis 2030 zu senken und sie bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Annahme folgt auf die Einigung zwischen Rat und Parlament vom 10. März über die Senkung des Endenergieverbrauchs der Union... [Fortsetzung](#)



Rat der Europäischen Union :

Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister



Die Wirtschafts- und Finanzminister haben am 14. März ihre Leitlinien zur Reform des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens angenommen und die Entwicklung hin zu einer mehrjährigen Haushaltsplanung unterstützt. Sie reagierten auf die von der Kommission veröffentlichten haushaltspolitischen Leitlinien für 2024 und stimmten ihren Leitlinien für den Haushalt 2024 zu. Die Minister tauschten sich über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, insbesondere auf die energiebezogenen Finanzmärkte, aus und bereiteten die nächsten großen internationalen Wirtschafts- und Finanztreffen vor... [Fortsetzung](#)



Treffen der Umweltminister



Die Umweltminister verabschiedeten am 16. März die Revision der Richtlinie über Industrieemissionen. Sie tauschten sich über die Vorschläge für einen Zertifizierungsrahmen für Kohlenstoffabsorptionen, die Überarbeitung der Gesetzgebung über Verpackungen und Abfälle und die Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser aus... [Fortsetzung](#)



Treffen der Gesundheitsminister



Die Gesundheitsminister tauschten sich am 14. März über die EU-Strategie für globale Gesundheit, die Verordnung über die Gebühren für die Europäische Arzneimittel-Agentur und über Arzneimittelknappheit auf dem Binnenmarkt aus... [Fortsetzung](#)



Treffen der Eurogruppe



Die Finanzminister der Eurozone tauschten sich am 13. März über die haushaltspolitischen Leitlinien für 2023 und 2024, die Koordinierung der globalen Wirtschaftspolitik und die Inflationsentwicklung in der Eurozone aus. Sie diskutierten die strategischen politischen Ziele eines digitalen Euro... [Fortsetzung](#)



Diplomatie :

Aufstockung der Europäischen Friedensfazilität



Der Rat hat am 14. März die finanzielle Obergrenze der Europäischen Friedensfazilität bis 2027 auf 7,979 Mrd. € angehoben, eine Erhöhung um 2 Mrd. € im Vergleich zu 2018. Man legte außerdem den Referenzbetrag für die gemeinsamen Kosten der militärischen Krisenmanagementübung der Union im Jahr 2023 (MILEX 23) auf 5 Mio.

€ fest... [Fortsetzung](#)

Fortsetzung der Gespräche zwischen Serbien und dem Kosovo



Der serbische Präsident Aleksandar Vucic und der kosovarische Premierminister Albin Kurti trafen sich am 18. März unter der Schirmherrschaft des Hohen Vertreters der Europäischen Union Josep Borrell. Die beiden Regierungschefs verpflichteten sich, einen von der EU vorgeschlagenen Fahrplan zur Normalisierung der Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern umzusetzen. Es wurde jedoch kein Abkommen unterzeichnet und Serbien weigert sich weiterhin, den Kosovo anzuerkennen...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Stabilisierungs- und Assoziierungsrat EU-Albanien



Der Stabilisierungs- und Assoziierungsrat für Albanien hielt am 16. März in Tirana seine zwölfte Sitzung ab. Aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine betonte die Europäische Union die Bedeutung einer verstärkten zukünftigen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit auf dem Balkan. Albanien muss weitere Reformen in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Schutz der Menschenrechte und Energie durchführen...

[Fortsetzung](#)

Stabilisierungs- und Assoziierungsrat EU-Nordmazedonien



Das 16. Treffen des Stabilisierungs- und Assoziierungsrates mit Nordmazedonien fand am 17. März in Skopje statt. Die Europäische Union betonte die Bedeutung einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Außenpolitik auf dem Balkan. Sie wies auch darauf hin, dass in Nordmazedonien noch Handlungsbedarf bestehe, vor allem in Fragen, die die Justiz und den Schutz der Grundrechte betreffen... [Fortsetzung](#)

EZB :

Weitere Erhöhung der Zinssätze



Um die Inflation zu bekämpfen, kündigte die Europäische Zentralbank am 16. März eine weitere Erhöhung ihrer Leitzinsen um 50 Basispunkte ab dem 22. März an. Sie geht davon aus, dass der Preisanstieg im Jahr 2023 durchschnittlich 5,3 % und 2024 2,9 % betragen und sich bis 2025 dem Ziel von 2 % annähern wird. Am 17. März versammelte die EZB ihr Bankenaufsichtsorgan zu einem "Meinungsaustausch" über den Bankensektor nach den Turbulenzen der letzten Tage... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ungarn :

Besuch von Viktor Orban in Paris



Der französische Präsident, Emmanuel Macron, empfing am 13. März den ungarischen Premierminister, Viktor Orban, zu einem Arbeitssessen. Sie sprachen über die Notwendigkeit, dass die europäischen Länder bei der Unterstützung der Ukraine geeint bleiben müssen, und über die Ratifizierung des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden. Außerdem sprachen sie in Vorbereitung auf den Europäischen Rat am 23. und 24. März über Fragen der Industriepolitik und der europäischen Wettbewerbsfähigkeit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Niederlande :

Ergebnisse der Provinzwahlen und Auswirkungen auf den Senat



Die Provinzwahlen in den Niederlanden fanden am 15. März statt. Nach den letzten Schätzungen lag die Partei "Farmer-Citizen Movement" (BBB) mit 19 % der Stimmen an der Spitze. Sie wird voraussichtlich 15 der 75 Sitze im Senat erhalten. Die Partei "Grüne Linke" wird voraussichtlich 8 Sitze erhalten und die sozialdemokratische Arbeiterpartei (PVDA) 7 Sitze. Die liberale VVD, die Partei von Ministerpräsident Mark Rutte, wird voraussichtlich Stimmenanteile verlieren und nur noch 10 statt bisher 12 Sitze erhalten. Die Christdemokraten (CDA) fallen von 9 auf 5 Sitze und die Partei D66 von 7 auf 6, sowie die Christliche Union von 4 auf 3. Das "Forum für Demokratie" wird voraussichtlich von bisher 12 auf 2 Sitze verkleinert werden. Die endgültigen Wahlergebnisse werden am 23. oder 24. März veröffentlicht... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Portugal :

Treffen zwischen dem portugiesischen und dem spanischen Premierminister



Die Regierungschefs Spaniens und Portugals, Pedro Sanchez und Antonio Costa, trafen sich am 15. März auf Lanzarote. Im Hinblick auf die spanische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2023 sprachen sie über den Krieg in der Ukraine, Energiefragen sowie über Migration, Asyl und europäische Fiskalfragen. Sie bekräftigten auch die Verbindungen beider Staaten zu Lateinamerika, ein Erdteil mit dem die Union ihre Handelsbeziehungen ausbauen soll... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Montenegro :

Erste Runde der Präsidentschaftswahlen



Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen fand am 19. März in Montenegro statt. Der amtierende Präsident Milo Djukanovic (Demokratische Partei der Sozialisten) qualifizierte sich mit 35,3% der abgegebenen Stimmen für die zweite Runde, in der er am 2. April gegen Jakov Milatovic (Bewegung Europa Jetzt), einen Wirtschaftswissenschaftler, antreten wird, der 29,1% erreichte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Auflösung des Parlaments



Der Präsident Montenegros, Milo Djukanovic, löste das Parlament am 16. März auf, nachdem die dreimonatige Frist für Miodrag Lekic von der Mitte-Rechts-Koalition (Demokratische Front) zur Bildung einer Regierung abgelaufen war. Seit den Parlamentswahlen 2020 haben weder die Präsidentenpartei, die Demokratische Partei der Sozialisten (DPS), noch die anderen Parteien eine Mehrheit im Parlament. Am 11. Juni finden vorgezogene Parlamentswahlen statt... [Fortsetzung](#)

Republik Moldau :

Moldaus Präsidentin will bis 2030 der Europäischen Union beitreten



Die moldawische Präsidentin Maia Sandu trat in einer Rede vor dem nationalen Parlament am 17. März dafür ein, dass ihr Land bis 2030 der Union beitreten solle, um es aus dem Einfluss der Oligarchen zu befreien, den Frieden zu bewahren und den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Bericht der Venedig-Kommission über Moldawien und Georgien



In zwei am 13. März veröffentlichten Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen, die den übermäßigen wirtschaftlichen und politischen Einfluss im öffentlichen Leben begrenzen sollen, fordert die Venedig-Kommission die georgischen und moldawischen Behörden auf, systemische Reformen zu verabschieden, um eine "De-oligarchisierung" zu erreichen. Die Kommission ist der Ansicht, dass diese Reformen auf Bereiche wie die Medien, die Bekämpfung von Monopolen, politische Parteien, Wahlen oder die Korruptionsbekämpfung abzielen sollten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

IWF :

Bericht über die schwedische Wirtschaft



Der IWF legte am 16. März einen Bericht über die schwedische Wirtschaft vor. Darin heißt es, dass die Wirtschaft nach der Pandemie einen starken Aufschwung erlebt habe, dass jedoch für 2023 eine leichte Rezession erwartet werde, da der Konsum nachlasse, die Auslandsnachfrage sinke und die Inflation steige, die im Übrigen hoch bleiben dürfte. Der Bericht ermutigt die Behörden, eine straffe Geldpolitik und eine vorsichtige Haushaltsposition beizubehalten, um die Preise zu stabilisieren und die Finanzlage Schwedens zu sichern... [Fortsetzung](#)

OECD :

Wirtschaftlicher Ausblick



Die OECD hat am 17. März ihre Prognosen für die Weltwirtschaft veröffentlicht. Der Bericht mit dem Titel "Ein fragiler Aufschwung" zeigt mehrere Haupttrends auf. So verlangsamte der Krieg in der Ukraine das Weltwirtschaftswachstum auf 3,2% im Jahr 2022, ein Prozentpunkt weniger als 2021. Ein positives Zeichen ist jedoch der relative Rückgang der

Energiepreise weltweit, der die kurzfristigen Wirtschaftsaussichten verbessert. Die Inflation scheint sich abzuschwächen und die OECD prognostiziert für 2023 eine Inflationsrate von etwa 5,9% in den G20-Ländern... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union im Jahr 2022



Die Kommission veröffentlichte am 15. März ihren Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union im Jahr 2022, der in sechs Teile gegliedert ist: "1. Reaktion auf Russlands militärische Aggression gegen die Ukraine", "2. Gewährleistung einer nachhaltigen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung", "3. Schaffung eines grüneren und klimaneutralen Europas", "4. Ein Europa für das digitale Zeitalter", "5. Schutz von Personen und Grundfreiheiten" und "6. Stärkung der Wirtschaft"... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Inflation im Februar gesunken



Die jährliche Inflationsrate der Eurozone betrug im Februar 2023 8,5%, gegenüber 8,6% im Januar. Dies geht aus einer am 17. März veröffentlichten Eurostat-Schätzung hervor. Für die Union betrug sie im Februar 9,9%, gegenüber 10% im Vormonat... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Kulturelle Solidarität mit der Ukraine



Die kulturelle Solidarität mit der Ukraine setzt sich in Europa mit zahlreichen kulturellen Veranstaltungen fort, die zur Unterstützung des ukrainischen Volkes und für geflüchtete Künstler organisiert werden. Am 16. April findet in Nancy ein Konzert statt. In Großbritannien ist für den 24. Juni ein Konzert im Wembley-Stadion in London geplant, an dem U2, The Rolling Stones oder Pink teilnehmen könnten. In Deutschland wird der Lutherchor Quickborn-Heide am 30. März in Quickborn-Heide ein Benefizkonzert zugunsten der Ukraine geben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Ausstellung "Wegwerfen" im Haus der Europäischen Geschichte



Das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel zeigt bis zum 14. Januar 2024 die Ausstellung "Wegwerfen", die sich aus historischer Sicht, beginnend mit der industriellen Revolution, mit dem Thema Abfall in Europa befasst. Das Projekt zeichnet sich außerdem durch eine Online-Plattform, eine Publikation und ein Aktivitätenprogramm aus... [Fortsetzung](#)

Abstrakte Gemälde in Warschau



Die Investment Art Gallery in Warschau zeigt bis zum 14. April eine Ausstellung über Davide Canepa. Der italienische Künstler versucht, die Mechanismen und Strukturen, die unsere Gesellschaft ausmachen, mithilfe abstrakter Kunst nachzuvollziehen... [Fortsetzung](#)

Wolken in der Kunst in Bad Homburg



Das Museum Sinclair-Haus in Bad Homburg zeigt bis zum 13. August eine interdisziplinäre Ausstellung, die den Wolken gewidmet ist. Vierzehn Künstler präsentieren abwechselnd die Wolken als Symbol für Bewegung, Weite, Freiheit, Leichtigkeit und Energie, aber auch als Indikatoren für Zeit, Klima und Kosmos... [Fortsetzung](#)

Asger Jorn in Valencia



Bis zum 18. Juni beherbergt das Institut d'Art Moderne in Valencia eine Ausstellung, die dem dänischen Maler Asger Jorn gewidmet ist. Unter dem Titel "Die freie Schöpfung und ihre Feinde: Asger Jorn in situ", konzentriert sich die Ausstellung auf die Vielzahl an Maltechniken, die der Maler verwendete... [Fortsetzung](#)

Fotografische Schätze des 20. Jahrhunderts in Venedig

Der Palazzo Grassi in Venedig zeigt bis zum 7. Januar eine Ausstellung, die den fotografischen Meisterwerken des 20. Jahrhunderts gewidmet ist. Es werden über 400 Werke gezeigt und mehr als 150 internationale Künstler geehrt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Léon Monet in Paris



Bis zum 16. Juli widmet das Musée du Luxembourg in Paris Léon Monet, dem Bruder von Claude Monet, eine Ausstellung. Die Ausstellung, die versucht, die Figur von Léon Monet innerhalb der künstlerischen Laufbahn seines Bruders zu rehabilitieren, zeigt rund 100 Werke... [Fortsetzung](#)

Die Erfindung der modernen Kunst in London



Bis zum 13. August findet in der National Gallery in London eine Ausstellung statt, die sich mit der Zeit von 1880 bis 1914 befasst. Die Ausstellung feiert drei Künstler, die an der Wende zum 20. Jahrhundert den Grundstein für eine neue, moderne Kunst legten: Paul Cézanne, Vincent van Gogh und Paul Gauguin. Es werden mehr als 100 symbolträchtige Werke aus dieser Zeit versammelt, darunter Gemälde

von Klimt, Matisse, Picasso und Kandinsky sowie Skulpturen von Rodin und Camille Claudel... [Fortsetzung](#)

Agenda :



21. März 2023
Brüssel
Rat Allgemeine Angelegenheiten



22. März 2023
Brüssel
Dreigliedriger Sozialgipfel



23. bis 24. März 2023
Brüssel
Europäischer Rat



24. März 2023
Brüssel
Gipfeltreffen der Eurozone

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Basile Desvignes, Romain Maillot, Lina Nathan, Baptiste Comiti

Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin
N° ISSN : 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)